Basler Zeitung
09.01.2009 Seite 1 / 2
Auflage/ Seite 93324 / 5 9056
Ausgaben 300 / J. 6883474
EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

«Ein Nein am 8. Februar ist das kleinere Übel»

Lukas Reimann kämpft gegen die Personenfreizügigkeit – SVP-Parteikollege Peter Spuhler plädiert für ein Ja

INTERVIEW: BARBARA STÄBLER

Die Nationalräte Peter Spuhler (TG) und Lukas Reimann (SG) sind beide in der SVP, vertreten bei der Personenfreizügigkeit jedoch gegensätzliche Meinungen.

BaZ: Herr Spuhler, wie viele Ausländer beschäftigen Sie?

PETER SPUHLER: Im Werk in Altenrhein haben wir 35 bis 40 Prozent Angestellte aus der EU, vor allem aus dem österreichischen Vorarlberg.

Herr Reimann, Sie sind gegen das Personenfreizügigkeitspaket. Ist Ihnen nicht wichtig, dass Peter Spuhlers Geschäft gut läuft?

LUKAS REIMANN: Mir ist klar, dass die Schweiz auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Mir ist aber auch wichtig, dass die Schweiz die Zuwanderung weiterhin kontrollieren kann. Dies wäre mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nicht mehr möglich.

SPUHLER: Die Gegner vermischen Personenfreizügigkeit, Asyl und unkontrollierte Zuwanderung. Heute haben wir in erster Linie mit unqualifizierten Leuten Probleme, die in den 90er-Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien zugewandert sind, nicht mit Leuten aus der EU. Bei der Personenfreizügigkeit haben wir zudem die Möglichkeit, die Zuwanderung durch Kontingente zu kontrollieren.

REIMANN: Die Kontingente gelten nicht mehr für Leute aus den alten EU-Staaten. Zudem sind sie nur bis 2016 vorgesehen, dann fallen sie weg.

Viele junge Schweizer profitieren von der Personenfreizügigkeit, indem sie einige Zeit im Ausland arbeiten. Da müssten sie doch als junger Mensch dafür sein.

REIMANN: Ich war selbst ein Jahr in Boston. Das ging problemlos – ohne Personenfreizügigkeitsabkommen. Wenn man gute Leistungen erbringt, kann man als junger Mensch immer im Ausland arbeiten.

SPUHLER: Schickt das Volk die Personenfreizügigkeit bachab, wird das Leben für die 400 000 Schweizer, die im EU-Raum leben, einiges schwieriger. Zudem fallen automatisch auch die bilateralen Verträge I dahin. Das wäre für die Exportwirtschaft eine Katastrophe.

Wollen Sie das riskieren, Herr Reimann?

REIMANN: Wir hätten nach einem Nein genügend Zeit, eine neue Vorlage vorzubringen, bei der die Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien getrennt sind. Würde das Volk dann nur zur Weiterführung Ja sagen, wovon ich ausgehe, käme es zu keiner Kündigung.

SPUHLER: Laut Vertrag ist der Bundesrat verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten den Volksentscheid in Brüssel zu melden. Es ist nicht möglich, in dieser kurzen Zeit eine neue Vorlage durch die Kommissionen und das Parlament zu bringen. Hinzu kommt die gesetzliche Referendumsfrist.

Sind Sie nicht bereit, dieses «kleinere Übel» zu schlucken, Herr Reimann?

REIMANN: Das «kleinere Übel» ist ein Nein am 8. Februar. Mit einem Ja riskieren wir eine unkontrollierte Einwanderung. Das ist angesichts der schlechten Zeiten ein zu grosses Risiko.

Was könnte uns drohen?

REIMANN: Das Risiko der Arbeitslosigkeit nimmt noch mehr zu, was wiederum unsere Sozialwerke belastet. Ein Deutscher, der hier seine Arbeit verloren hat, geht nicht zurück, um Hartz 4 zu beziehen. Und bei den Rumänen und Bulgaren ist das wirtschaftliche Gefälle noch viel grösser.

SPUHLER: Es ist durchaus möglich, dass jetzt der eine oder andere Ausländer arbeitslos wird. Wir haben aber in den letzten drei Jahren 250 000 Stellen geschaffen. Das ergibt jährlich vier bis fünf Milliarden Franken für unsere Sozialwerke. Hinzu kommen noch die Steuereinnahmen. Aber was auch noch wichtig ist: Nicht jeder aus der EU kann in die Schweiz kommen. Es braucht einen Arbeitsvertrag.

REIMANN: Leute aus der EU haben das Recht, für sechs Monate ohne Arbeitsvertrag in die Schweiz zu kommen, um sich eine Arbeit zu suchen. Jeder, der einen Arbeitsvertrag hat, kann bleiben. Oder man kann als selbstständig Erwerbender in die Schweiz kommen. Der Druck auf die Schweiz ist also jetzt schon gross.

SPUHLER: Die Statistiken der EU zeigen, dass in den letzten 10 bis 15 Jahren nur 0,4 Prozent der Leute in ein anderes EU-Land gegangen sind, um dort zu arbeiten. Bei uns haben die Gegner schon bei der ersten Erweiterungsrunde gewarnt, dass bei einem Ja die Schweiz von den Polen überrannt würde. Passiert ist nichts. Ich habe selber ein Werk in Polen, wo ich heute grösste Probleme habe, Facharbeiter zu finden. Die Löhne sind gestiegen und jene, die in den 90er-Jahren ausgewandert sind, kommen wieder zurück.

REIMANN: Wir haben über eine Million Ausländer aus dem EU-Raum in der Schweiz. 2007 hatten wir eine Saldoeinwanderung von 92 Prozent. Das bedeutet, 75 400 Personen sind zusätzlich in die Schweiz gekommen.

SPUHLER: Mit der Personenfreizügigkeit holen wir aber nur jene Arbeitskräfte, die wir wirklich brauchen.

Befürchten Sie einen Anstieg der Kriminalität, Herr Reimann?

REIMANN: Die Kriminalität wird steigen. Rumänien und Bulgarien sind bekannt für Bandenkriminalität und Korruption. Wenn man sieht, was in Italien geschehen ist....

...Sie sprechen von den Roma...

REIMANN: ...nein, nicht speziell. Ich spreche von rumänischen Staatsbürgern. Heute leben über 500 000 in Italien. Selbst die linken Parteien fordern Massnahmen.

SPUHLER: Wir können durch Kontingente die Einwanderung kontrollieren.

REIMANN: Wenn die Kontingente wegfallen, dann können rumänische Staatsbürger ungehindert hierherkommen.

Aber auch sie müssten einen Arbeitsvertrag haben.

REIMANN: Die meisten Roma sind selbstständig Erwerbende, etwa Scherenschleifer...

SPUHLER: ...das stimmt nicht. Ich kenne Rumänien relativ gut. Die meisten Roma sind dort sesshaft. Doch das von dir angesprochene Problem besteht. Es hat aber nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun. Da ist unser Parlament gefordert, die entsprechenden Gesetze zu verschärfen.

Dazu zählen auch die flankierenden Massnahmen. Die SVP ist jedoch gegen eine Verschärfung. Sie wohl auch, Herr Spuhler.

SPUHLER: Als Unternehmer bin ich grundsätzlich gegen Eingriffe des Staates. Ich akzeptiere aber, dass es einen gewissen Schutz gegen Lohndumping braucht. Die heutigen Massnahmen reichen aber aus, es braucht keine Verschärfung. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite den Markt öffnen, und auf den anderen Seiten Hürden aufbauen.

Herr Reimann, sind wir nicht zu stark mit der EU verbunden, um ein Nein zu wagen?

REIMANN: Bei einem Nein wird

© Basler Zeitung, Basel

Basler Zeitung
09.01.2009 Seite 2 / 2
Auflage/ Seite 93324 / 5 9056
Ausgaben 300 / J. 6883474
EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

nicht viel passieren. Gerade weil Gebiete wie Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg so stark mit der Schweiz verbunden sind, können sie es sich nicht leisten, die Beziehungen mit uns abzubrechen.

SPUHLER: Die EU-Staaten können nicht mehr einzeln mit uns über die Personenfreizügigkeit verhandeln, das geht nur noch mit der EU als Ganzes. Aber ich gebe dir recht, wir werden mit der EU nachverhandeln können. Doch unsere Verhandlungsposition wäre schlecht. Ich bin sicher, wir müssten zusätzliche Forderungen seitens der EU in den Bereichen Bankgeheimnis, Steuerstreit und Zinsbesteuerung akzeptieren, die uns volkswirtschaftlich schwächen würden.

REIMANN: Im Gegenteil: Die Position der Schweiz würde gestärkt. Das Nein Irlands zum Lissabonner Vertrag hat es gezeigt. Die EU war bereit, den Iren entgegenzukommen. Das wäre auch bei uns der Fall.

Als vor ein paar Jahren Deutschland Schengen-konforme Grenzkontrollen machte, haben wir in Basel die negativen Konsequenzen zu spüren bekommen.

REIMANN: Die Schweiz muss aufhören, Duckmaus zu spielen. Sie muss mutiger und selbstbewusster auftreten und ein Nein wagen. Wir werden sehen, es wird sich eine bessere Lösung finden.

«Ich kenne Rumänien gut.» Peter Spuhler (50) diskutiert mit Lukas Reimann (26). Foto Daniel Desborough

© Basler Zeitung, Basel